

PRESSEINFORMATION 77/2024

BWIIHK-Mitgliederversammlung hat gewählt:

Dr. Jan Stefan Roell ist neuer BWIIHK-Präsident – Thomas Conrady und Claus Paal als Vizepräsidenten bestätigt, Manfred Schnabel neu im Vorstand

Reutlingen, 13. November 2024 – Dr. Jan Stefan Roell, bisheriger BWIIHK-Vizepräsident und Präsident der IHK Ulm, wurde heute einstimmig an die Spitze des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIIHK) gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Christian O. Erbe an. An seiner Seite wurden Thomas Conrady, Präsident der IHK Hochrhein-Bodensee, und Claus Paal, Präsident der IHK Region Stuttgart, im Vorstand bestätigt. Neu ins vierköpfige Gremium zog Manfred Schnabel ein, Präsident der IHK Rhein-Neckar. Alle vier gehen in eine zweijährige Amtszeit bis zu den nächsten Wahlen im Herbst 2026. Die Mitgliederversammlung dankte Christian O. Erbe von ganzem Herzen für seinen herausragenden, langjährigen Einsatz im Namen der Südwestwirtschaft. Auch seine von Umsicht und Weitblick geprägte Amtsführung in wirtschaftlich besonders unsicheren Zeiten wurde beachtet.

„Ich freue mich sehr über das Vertrauen, das mir entgegengebracht wird, und darauf, die Belange unserer Wirtschaft in diesen anspruchsvollen Zeiten tatkräftig zu vertreten“, so der neu gewählte BWIIHK-Präsident **Dr. Jan Stefan Roell**, Geschäftsführer der roellpartners GmbH und Vorsitzender des Aufsichtsrats der ZwickRoell SE. „Die wirtschaftliche Lage ist alarmierend, wir stehen geopolitisch wie auch strukturell vor enormen Herausforderungen. Das macht eine starke politische Unterstützung unserer Unternehmen unabdingbar. Wir brauchen einen breit angelegten Aktionsplan Wirtschaft, um die Abwanderung und Verlagerung von Unternehmen zu stoppen. Alle demokratischen Parteien sind aufgerufen, hierfür Konzepte auf den Tisch zu legen. Für die Umsetzung der Konzepte sind stabile politische Verhältnisse notwendig. Es ist daher gut, dass wir nun Klarheit haben, was den Wahltermin im Bund betrifft. Mit aller Entschlossenheit bringe ich mich für unsere Südwestwirtschaft in die kommenden politischen Gespräche ein.“

Dr. Roell hebt besonders die strukturellen Herausforderungen hervor, die den Standort belasten: „Wir brauchen eine grundsätzliche Diskussion um die Frage, was ein Staat leisten kann, leisten soll und was nicht. Denn wir müssen wieder stabile Rahmenbedingungen schaffen, die genügend Freiraum für unternehmerisches Handeln bieten. Gleichzeitig sind steuerliche Erleichterungen und gezielte Anreize für Investitionen notwendig. Langfristig

müssen wir eine sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten, damit Baden-Württemberg auch zukünftig zur Weltspitze gehört. In Sachen Fachkräfte liegt der Schlüssel bei der Weiterentwicklung der Bildungspolitik im Land. Das werde ich mit viel Engagement einfordern.“

Thomas Conrady, Geschäftsführer der Conrady-Gruppe aus Gottmadingen, unterstreicht die Bedeutung internationaler und grenzüberschreitender Zusammenarbeit – insbesondere mit den Nachbarn Frankreich und der Schweiz: „Die wirtschaftlichen Beziehungen über unsere Landesgrenzen hinweg sind für Stabilität und Wachstum unseres Wirtschaftsstandortes von größter Bedeutung. Viele Unternehmen und ihre Mitarbeiter profitieren direkt von den starken Partnerschaften und der Kooperation mit unseren Nachbarn. Ich möchte den Dialog und die Kooperation weiter intensivieren und bestehende Handelshemmnisse abbauen. Denn die Zusammenarbeit mit Frankreich und der Schweiz ist unsere Chance, in einer zunehmend komplexeren und weniger vorhersehbaren Weltwirtschaft stark zu bleiben. Die Gelegenheit, Baden-Württemberg als verlässliche, vernetzte und zukunftsfähige Wirtschaftsregion aufzustellen.“

Claus Paal, Geschäftsführender Gesellschafter der A+V Automation und Verpackungstechnik GmbH, sieht den Bürokratieabbau als vorrangig, um Betrieben wieder Handlungsspielräume zu eröffnen: „Unternehmen müssen ihre Ressourcen in Projekte, Forschung und Entwicklung investieren können. Sie dürfen nicht über Gebühr durch unnötige bürokratische Lasten gebunden werden. Statt Zeit und Kapital in Verwaltungspflichten zu verlieren, brauchen sie die Freiheiten, ihre Ideen in neue, marktfähige Produkte umzusetzen. So sichern wir nicht nur Baden-Württembergs Status als Land der Tüftler und Denker, wir können diese Stärke auch weiter ausbauen. Denn unsere Hidden Champions sind das Ergebnis von Innovation und Unternehmergeist. Besonders kleine und mittlere Unternehmen brauchen deshalb Entlastung und klare Rahmenbedingungen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass unnötige Hemmnisse abgebaut werden, damit unsere Betriebe wieder ihr volles Potenzial entfalten können.“

Neu im Vorstand ist BWIHK-Vizepräsident **Manfred Schnabel**, Geschäftsführer der expert ESCH GmbH, der sich besonders für die Themen Mobilität, Handel und Innenstadtentwicklung einsetzt. „Unsere Innenstädte und Ortskerne sind Herzstück des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Ich setze mich dafür ein, dass sie attraktiv sind und erreichbar bleiben – sowohl für die Menschen als auch die Unternehmen, die dort ansässig sind.“ Mit Blick

auf die Verkehrsinfrastruktur im Land sieht Schnabel auch daher dringenden Handlungsbedarf: „Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist Rückgrat unserer wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg. Die Politik muss Wirtschaftsverkehre immer im Blick haben, also die Mobilitätsbedürfnisse der Unternehmen, ihrer Kunden und Mitarbeiter. Dies gelingt nur mit einem konsequenten Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau aller Verkehrsträger.“

Diese und weitere Presseinformationen unter www.bw.ihk.de/medien/pressemitteilungen

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | Kommunikation
Tobias Tabor
Telefon 0711 225500-64
E-Mail: tobias.tabor@bw.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.